

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23 2 / 2017

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag



Gedenken an Dr. Helmut Kohl †

Liebe Leserinnen und Leser des Wahlkreisbriefes,

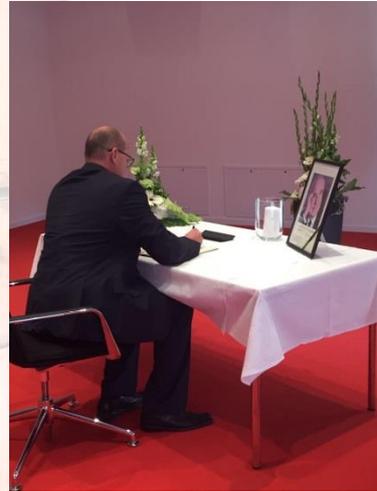
am 16. Juni 2017 verstarb der Kanzler der Deutschen Einheit, Dr. Helmut Kohl. Ich verneige mich vor diesem großen deutschen Staatsmann und überzeugten Europäer. In Dankbarkeit erinnere ich mich an eine Begegnung mit ihm im Jahr 2004 in Berlin. Seine Herzlichkeit und seine Menschlichkeit überstrahlte jede Begegnung. Als ich 9 Jahre alt war und in der DDR lebte, wurde Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt und er blieb es bis ich bereits 25 Jahre alt war und endlich im wiedervereinigten Deutschland leben durfte. Sein Arbeiten und Wirken für Deutschland war der Grund für den Beginn meines politischen Engagements in der CDU. Seine Rede im Jahr 1989 vor der Ruine der Frauenkirche in Dresden und sein Bekenntnis zur Deutschen Einheit berührt mich auch heute noch zutiefst.



Neues aus dem Wahlkreis

Kondolenzbuch für Helmut Kohl

Zum Tod von Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl legt die CDU ab heute ihn ihrer Luckenwalder Geschäftsstelle, Haag 11, ein Kondolenzbuch aus. "Bürger können dort letzte Grüße an den Kanzler der Einheit und Ehrenbürger Europas richten", so der CDU-Kreisvorsitzende Danny Eichelbaum. "Die CDU Teltow-Fläming und auch ich ganz persönlich trauern um Helmut Kohl. Wir verneigen uns in Anerkennung und Respekt vor dem Lebenswerk des Kanzlers der Einheit!" Auch im Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten, in der Albert-Tanneur-Strasse 27 in Ludwigsfelde, haben Bürger die Möglichkeit, zu kondolieren. Online können Bürger kondolieren unter: www.cdu.de/kondolenzbuch.



Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 21.06.2017

CDU kritisiert Sparmaßnahmen des Landes beim Radwegebau in Teltow-Fläming

Einsparungen beim Radwegebau in Teltow-Fläming werden Thema im Landtag

Mit scharfen Worten kritisieren die CDU- Landtags- und Kreistagsabgeordneten Sven Petke und Danny Eichelbaum die von der Landrätin bekannt gemachten Einsparungen der Landesregierung beim Radwegebau im Landkreis.

„Der ländliche Raum wird von der rot-roten Landesregierung kaputtgespart. Die Kommunen und der Landkreis Teltow-Fläming haben sich auf die Zusagen des Landes zum Radwegebau verlassen und werden jetzt im Stich gelassen. Die Interessen der Bürger und Kommunen bei der Verkehrswegeplanung werden von der Brandenburger Landesregierung ignoriert. SPD und Linke regieren das Land nach Gutsherrenart. Radwege sind keine Luxuswünsche, sondern dienen der Tourismusförderung und erhöhen die Verkehrssicherheit für Schulkinder und Bürger. Wir haben die Kürzungen beim Radwegebau auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landtagsausschusses für Infrastruktur und Landesplanung am 22.6.2017 gesetzt und erwarten eine Erklärung von Verkehrsministerin Kathrin Schneider (SPD) dazu“, so der Vorsitzende des Landtagsausschusses für Infrastruktur und Landesplanung Danny Eichelbaum.

„Nach der geplanten Kreisstrukturreform und der dadurch verursachten Schaffung von bürgerfernen Verwaltungen sowie dem Landesentwicklungsplan, der zukünftig den Wohnungsbau in den berlinfernen ländlichen Regionen stark einschränkt, wird jetzt auch noch die Axt an die Verkehrsinfrastruktur in ländlichen Gebieten gelegt. Es ist nicht hinnehmbar, dass trotz immenser Steuermehreinnahmen die finanziellen Mittel für den Radwegebau immer wieder von SPD und Linken gekürzt werden. Hier muss dringend gegengesteuert werden.“, ergänzt Sven Petke.

Quelle: Pressemitteilung, 12.06.2017



14.06.2017 Einweihung Serienproduktion Großtriebwerk Trent XWB bei Rolls Royce in Dahlewitz



06.06.2017 25 Jahre Autocenter
Lange in Wietstock

01.06.2017 Mit dem Präsidenten des
Landesbauernverbandes Henrik
Wendorff beim Praxistag
FarmNetzwerk Artenvielfalt in der
Agrargenossenschaft agt Trebbin



Wirtschaftsstaatssekretär besucht Edeka-Specht Center

Ludwigsfelde. Auf Einladung des CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum besuchte am vergangenen Freitag, dem 5. Mai, der Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg, Hendrik Fischer, das neue Edeka-Specht Center in Ludwigsfelde und weihte die „Pfandspendebox“ des Lebensmittelmarktes für das neue Sozialprojekt ein.

Ab sofort sollen die Erlöse für die Unterstützung der Musik Band der Elster Werkstätten verwendet werden. Danny Eichelbaum lobte Herman Specht und sein Team für ihr soziales Engagement in der Region. „Junge Menschen zu fördern ist für Familie Specht eine Herzensangelegenheit.“, so Eichelbaum. Auch Wirtschaftsstaatssekretär Hendrik Fischer zeigte sich nach dem Rundgang mit Politikern und Unternehmern sowie den Gesprächen mit regionalen Anbietern und Start-Up Unternehmen im Edeka Markt begeistert.



Die „Gläserne Molkerei“, die Bäckerei Paul und das junge Unternehmen „In Farm“ sind besonders gute Beispiele für innovative Ideen, die hier im Lebensmittelmarkt in Ludwigsfelde zu Hause sind. Das Unternehmen Specht beschäftigt über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter auch Menschen mit einer Behinderung. „Unser Ziel ist es die Stadt Ludwigsfelde zu unterstützen, hier sind wir zu Hause und deshalb engagieren wir uns auch für Kitas, Schulen, die Vereine und die Feuerwehr vor Ort.“

Quelle: Blickpunkt, 08.05.2017



13.05.2017 Kiezspaziergang in
Großbeeren

Siethen hat eine neue Spargelkönigin

In Siethen ist am Montag die neue Spargelkönigin gekrönt worden. Sie heißt Cindy Heyer, ist 19 Jahre jung und kommt aus Ludwigsfelde. Für ein Jahr wirbt sie nun für den Spargel in der Region.

Siethen. Die neue Spargelkönigin heißt Cindy Heyer. Sie kommt aus Ludwigsfelde und wurde am 1. Mai auf dem alljährlichen Siethener Spargelfest von Landrätin Kornelia Wehlan (Linke) und Ludwigsfeldes Bürgermeister Andreas Igel (SPD) gekrönt. Die 19-jährige Abiturientin, die das Marie-Curie-Gymnasium besucht, wird mit dem neuen Amt für den Siethener Spargel werben.



Spargelanstich bereits im März

Roderich Ehlers hat das Fest nun schon zum 13. Mal auf seinem Siethener Spargelhof ausgerichtet. Zwar fand in diesem Jahr der Spargelanstich schon Ende März statt. „Aber das Spargelfest richten wir traditionell immer am 1. Mai aus“, so der Betreiber des Hofes, dessen Hauptzweig neben der landwirtschaftlichen Tätigkeit der Hofladen ist. Den Stolz auf seine erfolgreiche Veranstaltung kann Ehlers kaum verbergen. Schon morgens um 11 Uhr sind Bänke und Tische voll besetzt. Die ganz hungrigen Gäste verzehrten bereits ein Schnitzel mit Spargel. Die Kleinen hatten die Hüpfburg erobert. Dabei hatte das Ganze noch gar nicht richtig angefangen. Mit der Inthronisierung der diesjährigen Spargelkönigin ging die Feier dann aber richtig los. Kornelia Wehlan, Landrätin von Teltow-Fläming, hob in einer anschließenden Rede die Regionalität des kleinen Spargelhofes in Siethen hervor. „Das wird ja von den Menschen immer mehr eingefordert.“ In dem Hofladen würden die Erzeugergruppen zusammengeführt. „Ob Kartoffeln oder Obst, Fisch oder Fleisch – das ganze Jahr über gibt es in Siethen das zu kaufen, was die Region zu bieten hat.“ Dennoch strahle der Hof über Ludwigsfelde hinaus.

Bürgermeister Andreas Igel ist der Familie Ehlers sehr dankbar, wie er sagt. Dafür, dass sie jedes Jahr so viel Mühe in das Fest stecke. „Das königliche Gemüse ist das erste regionale Produkt in Brandenburg“, sagt er. „Das ist ein wunderbarer Anlass für ein Fest in ländlicher Idylle.“

Viel Polit-Prominenz aus der Region

Welche Bedeutung das Spargelfest hat, zeigt auch die Anwesenheit weiterer Polit-Prominenz. Die Kreis- und Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum (CDU) wie Helmut Barthel (SPD) waren gekommen, ebenso wie die stellvertretende Kreistagsvorsitzende Gertrud Klatt aus dem benachbarten Thyrow.

Spiel für den guten Zweck

Nach der Krönung ging es dann weiter mit einem Spiel für einen guten Zweck. Die Politiker mussten schätzen, wie viel 500 Gramm oder ein ganzes Kilo Spargel sind und dann in eine Tüte verpacken. Auch das Gewicht von Kartoffeln galt es zu erraten. Weil die 13. Spargelkönigin ernannt worden war, waren 1313 Gramm gefragt. Anschließend haben die Spargelkönigin und

ihre Vorgängerinnen aus den vergangenen Jahren das Gemüse gewogen. Wer am nächsten dran war, hat das Rennen gemacht, in diesem Jahr Landrätin Wehlan.

Anschließend hat Roderich Ehlers den Spargel und die Kartoffeln, die zum Wiegen bereitstanden, an die Gäste versteigert. Kornelia Wehlan konnte bestimmen, an wen der gesamte Erlös – insgesamt 230 Euro – gehen sollte: Die Spende erhielt die DRK-Kindertagesstätte Siethen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 02.05.2017

Diskussion in Ludwigsfelde - Geheimdienst sucht Tschetschenisch-Übersetzer

Die Angst vor islamistischem Terror in Europa ist groß. Die jüngsten Anschläge in St. Petersburg und Stockholm geben dem Verfassungsschutz Recht, der die Täter vor allem unter den Muslimen aus dem Kaukasus vermutet. In einer Diskussionsveranstaltung in Ludwigsfelde zeigte Brandenburgs oberster Geheimdienstler aber nun, welche Personengruppe er noch interessanter findet.

Die jüngsten Anschläge in Stockholm und Sankt Petersburg haben Carlo Weber wieder Recht gegeben. Der Chef des Landesverfassungsschutzes weiß, woher die islamistischen Gefährder kommen. „Die rund 100 Islamisten oder Salafisten im Land Brandenburg stammen etwa zur Hälfte aus dem Kaukasus“, sagt Weber. Am Montag war er in Ludwigsfelde bei einer von Danny Eichelbaum (CDU) initiierten Diskussion zu Gast.



„Terrorismus in Deutschland – wie sicher ist unser Land?“ – so der Titel der Veranstaltung. Gut 20 Ludwigsfelder vor allem älteren Semesters sind der Einladung ins Stadt- und Technikmuseum gefolgt. Angesichts der Tatsache, dass das Bundesinnenministerium von 160 ausreisepflichtigen, als gefährlich eingestuften Islamisten ausgeht – insgesamt soll es im Bundesgebiet mehr als 570 Gefährder geben – und der zunehmenden Zahl der islamistisch motivierten Anschläge in Europa überrascht die Themenwahl des Innenpolitiklers kaum.

Die Ludwigsfelder Bürger, die sich Aufklärung über das Ausmaß der Bedrohung durch Islamisten erhofft haben, werden allerdings überrascht: Den Großteil seines Vortrags verwendet der oberste Geheimdienstler des Landes nicht auf Salafisten und die Terrorgruppe Islamischer Staat, sondern auf linksextremistische Straftäter.

Die ‚Rote Zora‘ im Scheunenviertel

Zwar sei Brandenburg nicht der Hort des Chaos, doch der Verfassungsschutz zähle um die 500 linke Extremisten, davon rund 200 Zugehörige der autonomen Szene, im Land. Zahlen des SPD-geführten Innenministeriums zufolge begingen linke Straftäter im vergangenen Jahr 244 Straftaten, davon 53 Gewalttaten – ein Rekord.

Gerade im Vorfeld des im Juli in Hamburg stattfindenden G20-Gipfels erstellt der Verfassungsschutz eine „ziemlich triste Prognose“, wie Weber sagt: „Wir gehen von großer Gewalt und einer Mobilisierung weit über das extremistische Spektrum hinaus aus.“ Demo-Tourismus nennt man dieses Phänomen. Beim Verfassungsschutz sagt man: „Die fahren dahin, wo etwas los ist.“

Gerade Hamburg sei neben Berlin eine der Hochburgen der linken Szene. „Das Kultobjekt der Szene, die ‚Rote Zora‘ im Scheunenviertel, ist nur den buchstäblichen Steinwurf von den zu erwartenden Protesten entfernt“, warnt Weber die Zuhörer in Ludwigsfelde – die den Geheimdienstler darauf aufmerksam machen, dass das autonome Zentrum „Rote Flora“ heißt und sich im Schanzenviertel befindet.

Eichelbaum: Gefahr von rechts

Auch Veranstalter Eichelbaum kann sich die Gewichtung Webers beim Vortrag nicht recht erklären. „Insgesamt bin ich mit der Runde aber sehr zufrieden“, sagt er. Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag sieht sich nach der Diskussion, die sich Webers Vortrag anschloss, bestätigt, dass vor allem rechte Gewalt eine große Herausforderung für Brandenburg bildet.

Die 1300 Extremisten mit mehr als 1600 Straf- und 167 Gewalttaten – traurige Spitzenwerte seit Beginn der Zählung 2001 – stellen ihre linken Gegenspieler in den Schatten. „Das Klima hat sich verändert“, sagt Weber, „das liegt an der Flüchtlingskrise, die hat den Leuten Schub und Motivation gegeben.“

Experten für tschetschenische Dialekte gesucht

Die islamistischen Terroristen gibt es im Land Brandenburg deutlich seltener. Von den etwa 100 aktenkundigen Radikalen ist eine kleine zweistellige Zahl als Gefährder bekannt. Um die im Auge behalten zu können, sucht der Verfassungsschutz Übersetzer, besonders tschetschenische Dialekte sind gefragt.

Nur so könne die Kommunikation ausgewertet werden. „Dieser Personenkreis steht über das Internet in Kontakt und benutzt möglicherweise Codes“, sagt Weber. Nachdem in Sankt Petersburg ein Kirgise und in Stockholm ein Usbeke Attentate verübt haben soll, wird der Geheimdienst einen Schwerpunkt auf die Überwachung der vor allem aus dem Kaukasus stammenden und hier lebenden Gefährder legen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 12.04.2017

11.05.2017 Besuch des Kreisausschusses für
Landwirtschaft und Umwelt im Obst- und
Gemüsehof Hennickendorf GmbH



Schritt in die richtige Richtung - Land prüft Radweg von Berkenbrück nach Luckenwalde

Luckenwalde. „Der Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung des Landtages Brandenburg beschäftigte sich kürzlich auf Antrag der CDU-Fraktion mit dem Bau des Radweges zwischen Berkenbrück und Luckenwalde. An der Ausschusssitzung nahmen auch interessierte Bürger aus Nuthe-Urstromtal teil. An der viel befahrenen L 73 zwischen Luckenwalde nach Berkenbrück wünschen sich viele Bürgerinnen und Bürger einen Radweg. Seit 20 Jahren kämpft die Gemeinde Nuthe-Urstromtal für den Bau des Radweges. Auch der Landkreis Teltow-Fläming unterstützt das Vorhaben. Eine Bürgerinitiative sammelte für ihr Anliegen 2000 Unterschriften. Am Dienstag, 28. März hat sich auch die Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde mit der Weiterführung des Radweges beschäftigt“, so Danny Eichelbaum (MdL), Vorsitzender des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung des Landtages Brandenburg.

Zuletzt hatte Bürgermeisterin Monika Nestler dem Land vorgeworfen, den Bau des Radweges hartnäckig zu verhindern. Diese Aussage hat Brandenburgs Verkehrsministerin Kathrin Schneider (SPD) in der Ausschusssitzung dementiert. Der zuständige Abteilungsleiter des Ministeriums, Egbert Neumann, teilte stattdessen mit, dass das Land zwei Varianten der Förderung des Radwegebaues von Berkenbrück nach Luckenwalde prüft. Zum einen den Bau als straßenbegleitenden Radweg an der L 73 oder eine finanzielle Förderung im Rahmen des Stadt-Umland Wettbewerbes. Voraussetzung dafür ist der Nachweis, dass der Radweg zu einer CO₂ Reduzierung beiträgt und die Mobilität verbessert. Grundsätzlich ist der Bau des Radweges von Berkenbrück nach Luckenwalde förderungsfähig. Mit dem Stadt-Umland Wettbewerb sollen die Städte als wirtschaftliche Zentren und funktionaler Anker gestärkt und der ländliche Raum als Arbeits-, Lebens- und Naturraum weiterentwickelt werden.

Die Stadt Luckenwalde, die Gemeinde Nuthe-Urstromtal und die Stadt Trebbin haben sich mit dem gemeinsamen Wettbewerbsbeitrag „Starke Nachbarschaft an der Mittelnuthe“ beworben. Am 23. März 2016 wurde vom Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung das Wettbewerbsergebnis bekannt gegeben. Der gemeinsame Wettbewerbsbeitrag wurde mit der Strategie „Starke Nachbarschaft an der Mittelnuthe“ als Stadt-Umland-Kooperation für die EU-Förderperiode 2014 - 2020 anerkannt. Die abschließende Prüfung der Voraussetzungen für den Bau des Radweges soll bis zum Ende des 1. Halbjahres 2017 abgeschlossen werden. „Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ich freue mich, dass sich auch das Land kooperativ zeigt und konstruktiv die Förderung dieses für die Region wichtigen Radweges prüft, die Gemeinde Nuthe-Urstromtal kann dieses Vorhaben finanziell nicht allein stemmen. Alle Beteiligten sind nun aufgefordert, ihre Hausaufgaben zu machen“, so Danny Eichelbaum.

Quelle: Blickpunkt, 01.04.2017

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Einigung in Sicht - Kompromiss zur erneuten Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet zwischen Landkreis und Kreistag

Zäh haben die Abgeordneten des Kreistags und der Landkreis Teltow-Fläming um das Landschaftsschutzgebiet "Baruther Urstromtal und Luckenwalder Heide" miteinander gerungen. Jetzt zeichnet sich endlich ein Kompromiss ab, der auch ein Grundsatzbeschluss im Sinne von Bürgern und Unternehmern sein soll, die in Schutzgebieten bauen wollen oder wirtschaften. Das wichtigste Anliegen der Abgeordneten des Kreistags und zugleich das größte Hindernis einer Einigung mit der Verwaltung ist die generelle Erlaubnis, innerörtliche Baulücken bis zu 50 Meter Grundstückstiefe im Schutzgebiet zu bebauen, ohne dass dafür ein Bebauungsplan erforderlich wird. Im vergangenen Dezember scheiterte an diesem Punkt die Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung im Kreistag.

Eine nachgebesserte Version wurde Anfang Mai vom Umweltausschuss vertagt. Winand Jansen (SPD) und Danny Eichelbaum (CDU), die Vorsitzenden des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung sowie für Landwirtschaft und Umwelt, haben daraufhin gemeinsam mit Landrätin Kornelia Wehlan (Linke) einen Kompromiss erarbeitet. Daraus entstanden ist ein Ergänzungsantrag zur Verordnung für die Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes. "Wir halten an unserer Intention fest und wollen, dass der Bürger dort ohne Bauleitplanung generell bauen kann", sagt Eichelbaum. Gleichzeitig erkenne man den Genehmigungsvorbehalt der Behörde an, heißt es im Antrag, der von der Kreisverwaltung mitgetragen wird. Sie soll prüfen können, ob die geplanten Anlagen erhebliche Beeinträchtigungen darstellen. Daneben sieht der Antrag vor, dass die Untere Naturschutzbehörde den Ausschüssen einmal jährlich über alle gestellten Anträge auf naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen Auskunft erteilt.

Bei abgelehnten Anträgen sollen die Begründungen sogar zeitnah in anonymisierter Form an die Abgeordneten zur Kenntnis gegeben werden. Soll künftig ein Gebiet unter Schutz gestellt werden, fordern Jansen und Eichelbaum, dass die zwei Fachausschüsse, noch bevor die Unterlagen öffentlich ausgelegt sind, informiert werden und die Abwägungsergebnisse von Bürgern, Behörden oder Interessenverbänden erörtern können. "Wir wollen die Interessenkonflikte zwischen dem Naturschutz und den Bürgern sowie den landwirtschaftlichen Unternehmen entschärfen und den Prozess transparenter machen", sagt Eichelbaum. Auch Manfred Fechner, Leiter der Unteren Naturschutzbehörde, zeigt sich zufrieden. "Wir haben mehrere Änderungsvorschläge des Kreistags eingearbeitet. Aber der eigentliche Verordnungstext und die Grenzziehung werden nicht verändert. Daran halten wir fest", betonte Fechner. In der Vorlage heißt es deutlich: "Eine erhebliche weitere Verzögerung im Verfahren kann die Wiederholung wesentlicher Verfahrensschritte zur Folge haben, was einem erneuten Verfahren mit entsprechendem Finanz- und Zeitaufwand gleichkommt." Seit 2013 läuft das aktuelle Unterschutzstellungsverfahren.

Eine dreijährige Veränderungssperre musste bereits um ein Jahr verlängert werden. Betroffen von einer weiteren Verzögerung wären beispielsweise Bebauungspläne in Zossen, Nuthe-Urstromtal und Luckenwalde. Diese können bei Beschluss der neuen Verordnung auf das aufwendige Ausgliederungsverfahren verzichten. Das heißt, dass für Vorhaben wie den Veranstaltungsplatz in Dümde oder das Solarfeld am Luckenwalder Heinrichsstift nicht mehr Flächen aus dem Landschaftsschutzgebiet herausgelöst werden müssten. Eine einfache

Zustimmung der Behörden nach entsprechender Prüfung wäre ausreichend. In Jansens Ausschuss sind sowohl der Ergänzungsantrag als auch die neue Verwaltungsvorlage bereits einstimmig beschlossen worden. "Wir haben es uns nicht einfach gemacht", sagte Jansen nach der Abstimmung zu dem Dauerthema. Eichelbaum hat eine Sondersitzung für die Zustimmung des Umweltausschusses für den 26. Juni angesetzt, die unmittelbar vor dem Kreistag am gleichen Abend stattfindet. "Ich gehe davon aus, dass das durchgeht", sagt er.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 14.06.2017



16.06.2017 Verabschiedung der langjährigen Mitarbeiterin für Kreistagsangelegenheiten Gudrun Riebe in Luckenwalde



12.06.2017 Eröffnung der Seniorenwoche in Luckenwalde

Mehr Schlagkraft für den Mittelstand - Unter Führung der CDU schließen sich kleinere und mittlere Unternehmen zusammen

25 Jahre nach seiner Gründung hat sich der Rangsdorfer Mittelstandsverein vor einigen Wochen aufgelöst. Jürgen Muschinsky, einer der Initiatoren von damals, hat nun eine neue Vereinigung unter dem Dach der CDU gegründet. Danny Eichelbaum, der Landtagsabgeordnete nutze die Gelegenheit, um sich die Sorgen der Wirtschaft anzuhören.

Rangsdorf/Dahlewitz. Matthias Müller hat am eigenen Leib erfahren, mit welchen Schwierigkeiten sich Gewerbetreibende im Berliner Speckgürtel herumschlagen. Der Inhaber einer Firma für Heizung und Sanitärservice hatte in seinem Heimatort nach einer Gewerbeimmobilie gesucht. „Es gab nichts“, sagt er. Mittlerweile hat er seinen Sitz in Dahlewitz.

Viele kleine und große Probleme

In Gesprächen mit Handwerkerkollegen hört er oft von den kleinen und großen Problemen des Mittelstands, den Politiker in Sonntagsreden immer ganz besonders gern loben. Matthias Müller wollte nicht nur klagen und meckern. Als Jürgen Muschinsky mit der Idee zu einem neuen Mittelstandsverein kam, sagte er sofort zu. Beide kennen sich lange. Seit dem vorigen Jahr organisieren sie gemeinsam den Rangsdorfer Weihnachtsmarkt.



15 Mitglieder

Am Donnerstag hat Müller den Vorsitz der neu gegründeten Ortsgruppe der CDU-Mittelstandsvereinigung übernommen. Dort haben sich rund 15 Gewerbetreibende aus Rangsdorf zusammengeschlossen. Gemeinsam wollen sie die Interessen der klein- und mittelständischen Wirtschaft im Ort bündeln. „Ziel muss es sein, dass die Belange der Wirtschaft über die Abgeordneten in den Gesetzgebungsprozess einfließen“, sagt Harald Uhlig, der Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung Teltow-Fläming. Clemens Wudel hofft vor allem, dass die Mitglieder einander besser kennenlernen. „Die Vernetzung ist wichtig. So hat man auch einen besseren Kontakt zur Wirtschaftsförderung in Teltow-Fläming und zur IHK.“

Schnellere Datenleitungen gefordert

Mit Tassilo Soltkahn haben die Rangsdorfer Mittelständler künftig ihren Fürsprecher in der Gemeindevertretung. Er hält das Problem der Infrastruktur für besonders wichtig – nicht nur der Straßen und Wege, sondern auch der digitalen Datenautobahnen. Michael Hübner, Geschäftsführer des Metallverarbeitungsunternehmens Scheunemann in Rangsdorf, beklagt das langsame Internet: „Seit einem halben Jahr habe ich 50 Megabit, bräuchte aber eigentlich 100.“

Mittelständler ohne Chancen in Förderprogrammen

In den meisten Förderprogrammen zum Breitbandausbau hat der Mittelständler keine Chance. „Der Staat muss begreifen, dass schnelles Internet ein Teil der Daseinsvorsorge ist“, sagt Danny

Eichelbaum. Der CDU-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete nutzte die Gründung der Rangsdorfer Mittelstands, um sich ein Bild über die Sorgen und Probleme der Unternehmer zu machen. „Ich bin hier, um zuzuhören und möchte erfahren, wo der Schuh drückt“, sagte er. Er bekam vieles mit, was die Politik lösen soll.

Wasserpumpen für Radfahrer und Wanderer

Für Jürgen Muschinsky ist es bereits der zweite Mittelstandsverein, den er gegründet hat. Anfang der 1990er Jahre hob er die erste Initiative von Gewerbetreibenden mit aus der Taufe. Ende März hatte sich der Verein aufgelöst. Der Nachfolger versteht sich – trotz CDU-Logo – als parteiübergreifend. Erste Ziele hat sich Muschinsky bereits gesteckt. Er möchte das Neptunfest wieder beleben. Zudem sollen in Rangsdorf Pumpen aufgestellt werden, an denen sich Wanderer und Radfahrer mit Trinkwasser versorgen können.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 16.04.2017



03.06.2017 Turmfestlauf in Luckenwalde

10.05.2017 CDU-Veranstaltung zur Kriminalitätsbekämpfung in Jüterbog



Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming: Erleichterung über Eigenständigkeit

Die Kreistage von Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming hatten beide einstimmig gegen eine Kreisfusion gestimmt, die Landräte Stephan Loge (SPD) und Kornelia Wehlan (Linke) hatten sich mehrfach mit dem Innenminister zu dem Thema abgestimmt – entsprechend groß ist die Erleichterung darüber, dass eine Fusion beider Landkreise nun vom Tisch ist.

Dahmeland-Fläming

Die Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming bleiben eigenständig. Diese Entscheidung gab Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter Dienstagmittag bekannt. Sein Ministerium folgt damit dem Willen der Kreistage von Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald. Die hatten sich zuvor jeweils einstimmig gegen die unliebsame Fusion ausgesprochen. Zuletzt gab es außerdem zahlreiche Gesprächsrunden mit Vertretern des Ministeriums und der Landkreise. Der Landkreistag und der Städte- und Gemeindebund hatten sich ebenfalls in die Diskussion eingeschaltet. Entsprechend groß war am Dienstag die Erleichterung bei den Spitzenvertreter der Kreispolitik. Hier die Stimmen:

Kornelia Wehlan (Linke), Landrätin von Teltow-Fläming: Das Kabinett ist nun doch unseren Argumenten gefolgt – das freut mich sehr für unseren Landkreis und vor allem für die Menschen, die hier leben. Wir haben von Anfang an betont, dass Teltow-Fläming über enormes Potenzial verfügt und stark genug ist, um auch in Zukunft eigenständig bleiben zu können ... und wiederholt deutlich gemacht, dass die Neubildung eines Landkreises Dahmeland-Fläming weder notwendig noch angemessen ist. Natürlich ist in Sachen Kreisgebietsreform noch nichts entschieden. Ich gehe aber fest davon aus, dass der Landtag sich nach den heutigen Aussagen des Kabinetts unseren Argumenten nicht verschließen kann und für eine Änderung der ursprünglichen Pläne zur Kreisgebietsreform votiert.

Chris Halecker (Linke), Vizelandrat von Dahme-Spreewald: Ich freue mich, und stelle fest, dass die Politik sich den tatsächlichen Realitäten anpassen kann. Wir sind ein dynamisch wachsender Landkreis, wir sind Leitbildgerecht und wir werden auch in zwanzig Jahren leitbildgerecht sein. Was mich am meisten freut, ist die Erkenntnis, dass die Politik zuhört und Fehleinschätzungen korrigiert. Die jetzige Entscheidung bedeutet Sicherheit für unsere Mitarbeiter, für den Kreistag, für unsere Firmen. Wir haben wieder Planungssicherheit und können uns den anstehenden Aufgaben widmen, zu denen der Abschluss des BER und die Entwicklung des Flughafenumfeldes gehören.

Gerhard Kalinka (Grüne), Kreistagsvorsitzender von Teltow-Fläming: Es hatte sich schon angedeutet, dass ein Umdenkprozess stattgefunden hat. Wir hatten uns als Landkreis immer für eine Eigenständigkeit ausgesprochen, von daher ist unser Wunsch in Erfüllung gegangen. Ich als Grüner bin mit der Entscheidung zufrieden, der Kreistag dürfte es auch sein. Ob das Projekt Verwaltungsstrukturreform damit jetzt auf Begeisterung stößt, wage ich allerdings zu bezweifeln. Ich habe den Eindruck, dass die Landesregierung kräftig zurückrudert.

Martin Wille (SPD), Kreistagsvorsitzender Dahme-Spreewald: Das ist der Moment, um einen Champagner zu öffnen. Wir sind alle sehr, sehr glücklich. Die Argumentation des Landes war von Beginn an relativ dünn und bezog sich nur auf die Bevölkerungszahl. Wir haben diesbezüglich eigene Recherchen angestellt und die Landesregierung wohl auch überzeugt. Darauf sind wir stolz. Wir brechen aber deshalb nicht in Triumph-Geheul aus, insgesamt gesehen muss im Land

tatsächlich etwas passieren. Es steht uns jetzt aber nicht zu, die Situation in anderen Landkreisen zu beurteilen.

Felix Thier, Vorsitzender der Linken in Teltow-Fläming: Die heutige Entscheidung der Landesregierung werten wir als Anerkennung für die erheblichen Anstrengungen des Landkreises Teltow-Fläming, Schulden in Eigenleistung abzubauen und den Kassenkredit drastisch zu reduzieren.

Anita Tack (Linke), MdL: Ich begrüße die Entscheidung ausdrücklich und sehe in ihr auch einen Erfolg der demokratischen Meinungsbildung im Lande.

Danny Eichelbaum, CDU-Kreisvorsitzender Teltow-Fläming: Der Kampf für die Eigenständigkeit unseres Landkreises hat sich gelohnt. Diese vom Volk erzwungene Korrektur ist der Anfang vom Ende der von SPD und Linken geplanten Kreisgebietsreform. Diese Reform ist nicht durchdacht, sie ist schlecht vorbereitet und nimmt die Menschen nicht mit. Dieses Regierungsvorhaben ist ein Rohrkrepieler. Wir stehen auch weiterhin an der Seite der Initiatoren der Volksinitiative. Diese unsinnige Kreisgebietsreform muss komplett und nicht nur teilweise gestoppt werden!

Die SPD-Kreistagsabgeordneten Sylvia Lehmann und Erik Stohn gaben eine gemeinsame Erklärung ab. Darin heißt es: „Wir sind froh, dass unsere Bemühungen im Landtag und die umfangreichen Stellungnahmen der Kreistage sowie der Kreisverwaltungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Der Wachstumsmotor in den beiden Boomregionen hätte ins Stottern geraten können, wenn sich die Kreisverwaltungen auf den Fusionsprozess konzentriert hätten, anstatt die positive Entwicklung zu begleiten.“

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 12.04.2017



06.05.2017 Lämmergeassenfest in Luckenwalde

28.04.2017 25-jähriges Jubiläum der KIF GmbH in
Niedergörsdorf



Landesregierung muss bei Kreisgebietsreform endlich Farbe bekennen - Danny Eichelbaum: "Landesregierung reitet ein totes Pferd"

Wieder einmal gibt es Spekulationen über die, von der rot-roten Landesregierung geplanten, Kreisgebietsreform. Aktuell wird darüber diskutiert, ob die Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald miteinander fusionieren sollen. Bereits seit Monaten laufen die Kommunalpolitiker und die Bürger in Teltow-Fläming Sturm gegen das Prestigeobjekt von SPD und Linken. Eindeutig Stellung bezogen hat auch die CDU-Teltow-Fläming, die an der Spitze der Bewegung gegen die Kreisgebietsreform im Land steht.

Der CDU-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum fordert deshalb zu Recht, dass die Landesregierung bei der Kreisgebietsreform endlich Farbe bekennen muss. "Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, von der Landesregierung zu erfahren, ob sie weiterhin Landkreise zwangsfusionieren will oder, wie von der Volksinitiative gefordert, die Kreisgebietsreform ad acta legt. SPD und Linke müssen die Spekulationen über die geplanten Gebietszuschnitte endlich beenden. Mit der CDU wird es keine faulen Kompromisse geben. Wir sind dagegen, gewachsene Strukturen und Heimatidentitäten zu zerstören. Dieses Regierungsvorhaben ist ein Rohrkrepieler. Wir stehen auch weiterhin an der Seite der Initiatoren der Volksinitiative.

Diese unsinnige Kreisgebietsreform muss komplett und nicht nur teilweise gestoppt werden! Die Landesregierung reitet ein totes Pferd.",so Danny Eichelbaum. Seit 2015 hat sich die CDU unermüdlich für den Erhalt von Teltow-Fläming eingesetzt. Allein in den letzten Monaten sammelten die CDU-Mitglieder auf den Marktplätzen und an den Infoständen in Teltow-Fläming über 4000 Unterschriften gegen die geplante Kreisfusion. Auch der Kreistag von Teltow-Fläming hatte in seiner Sitzung im Februar dieses Jahres mit überwältigender Mehrheit gegen die Fusion der Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald und gegen die Kreisgebietsreform votiert. "Das war ein wichtiges und starkes Signal in Richtung Landesregierung. Teltow-Fläming ist ein einwohner- und wirtschaftsstarker Landkreis mit Zukunft! Wir kämpfen weiter! Kooperation statt. Zwangsfusion ist das Gebot der Stunde!", so Eichelbaum abschließend.

Quelle: Blickpunkt, 08.04.2017

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Danny Eichelbaum als Landesvorsitzender des Arbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen Brandenburgs wiedergewählt - Kritik an Landesregierung: Mangelnde Personalausstattung der Justiz gefährdet den Rechtsstaat

Auf der Mitgliederversammlung des Arbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen wurde der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum als Landesvorsitzender wiedergewählt. Er übt das Amt seit 2011 aus. Stellvertretende Vorsitzende wurde erneut die ehemalige Brandenburger Justizministerin, Barbara Richstein MdL.

Der LACDJ ist ein Zusammenschluss von unabhängigen Juristinnen und Juristen in Brandenburg, die es sich zum Ziel gesetzt haben, Landesgesetzentwürfen konstruktiv mit der gebotenen fachlichen Kritik zu begleiten; aktuelle Rechtsprobleme zu diskutieren und für die Allgemeinheit verständlich zu machen.

Scharfe Kritik übten die Juristen an der Rechtspolitik der rot-roten Landesregierung. Die Personalnot in den märkischen Gerichten gefährdet den Rechtsstaat. Die Personalpolitik von SPD und Linken ist verfassungsrechtlich bedenklich. Immer länger müssen Bürgerinnen und Bürger wegen der mangelnden Personalausstattung auf Gerichtsentscheidungen warten und das obwohl Art.52 der Brandenburger Landesverfassung allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern ein Recht auf ein zügiges Gerichtsverfahren garantiert. Der auf Druck der Opposition jetzt erzielte geringe Stellenaufwuchs in der Verwaltungsgerichtsbarkeit löst die Probleme in den anderen Gerichtsbarkeiten nicht. Leidtragende sind beispielsweise Rentner, Pflegebedürftige und Kranke, die immer länger auf Entscheidungen der Sozialgerichte warten müssen. Das SPD -Wahlkampfmotto „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ ist unter diesen Bedingungen in Brandenburg nur Makulatur. Der LACDJ fordert einen Masterplan 2025 für die Justiz, mit Einstellungskorridoren und einer ausreichenden personellen Ausstattung der Justiz in Brandenburg.

Quelle: Pressemitteilung, 16.06.2017



14.06.2017 25 Jahre Landesverfassung
Brandenburg in Potsdam

Opposition fordert mehr Stellen in der Justiz

Eberswalde (MOZ) "Strafrabatte" wegen überlanger Verfahrensdauern, wachsende Aktenberge an den Gerichten, überlastete Richter und Staatsanwälte - es sei etwas faul im Rechts-Staat Brandenburg. So jedenfalls die Auffassung der CDU. Mitglieder der Landtagsfraktion besuchten - begleitet vom Bundestagsabgeordneten Jens Koeppen sowie von Barnims CDU-Chef Danko Jur - jünger in Eberswalde unter anderem das Arbeitsgericht.

Im Anschluss erklärte Danny Eichelbaum, Sprecher der Landtagsfraktion für Rechtspolitik, in einer Pressekonferenz: Ziel müssten der Erhalt wohnortnaher Gerichtsstrukturen im Land sowie eine Verbesserung der Personalausstattung der Gerichte sein. Deshalb werde seine Fraktion einen Antrag in den Landtag einbringen unter dem Titel "Masterplan 2025". Darin werde die Oppositionspartei die Neueinstellung von 19 Richtern für die ordentliche Gerichtsbarkeit, von neun Richtern für die Verwaltungsgerichte sowie von zehn Staatsanwälten fordern, kündigte er an.

"Jeder Bürger hat das Recht auf ein zügiges Verfahren." Große Probleme gebe es derzeit vor allem am Sozialgericht, wo Kläger bis zu 28 Monate auf eine Entscheidung, ein Urteil warten. Völlig inakzeptabel, wie die Christdemokraten finden. Ähnlich kritisch sei die Lage an den Verwaltungsgerichten, u. a. aufgrund der Asylverfahren. "Wir brauchen an jedem Gericht eine weitere Kammer, also mindestens eben neun zusätzliche Richter-Stellen", sagte Eichelbaum und nannte ein weiteres Beispiel für die verfehlte Personalpolitik in der Brandenburger Justiz. Die Bearbeitungszeit in der Staatsanwaltschaft Cottbus lag bei Jugendstrafsachen (in Betrugsfällen) 2011 bei 55 Tagen, jetzt seien es 451 Tage. Der Personalbedarfsplan des Ministeriums sehe bis 2020 einen weiteren Abbau vor.

Dies betreffe nicht nur den richterlichen, sondern ebenso den nichtrichterlichen Dienst, die Geschäftsstellen, wie man am Arbeitsgericht Eberswalde erfahren habe. Damit, so die Christdemokraten, sei vielfach die Arbeitsfähigkeit der Gerichte bedroht. Zumal in den nächsten Jahren um die 250 Richter und Staatsanwälte - das sind etwa 25 Prozent - in Rente gingen. "Wir müssen aufpassen, dass der Rechtsstaat nicht kollabiert." Lange Fristen, das sei alles andere als ein bloßes Ärgernis. "Wir reden hier über die dritte Staatsgewalt", so Eichelbaum. Und Koeppen fügte mit Blick auf das Image der CDU als Law-and-Order-Partei hinzu: "Ich bin froh, dass wir dieses Etikett haben." Zweifellos werden die Themen Recht, Ordnung und Sicherheit zu den zentralen im Bundestagswahlkampf zählen, warb er prompt in eigener Sache.

In Eberswalde geht es zudem um eine Verbesserung der räumlichen Situation des Amtsgerichts. Der geplante Umzug nach Süding hat sich mehrfach verzögert. Inzwischen haben die Sanierungsarbeiten im Behördenzentrum begonnen. Ein Fertigstellungstermin ist indes nicht bekannt.

Quelle: Märkische Oderzeitung, 14.06.2017

Protest mit Erfolg: Mehr Richter für Brandenburg

Der Aufschrei der Justiz wurde erhört: Angesichts wachsender Aktenstapel an Brandenburgs Verwaltungsgerichten stockt Finanzminister Christian Görke (Linke) das Richterpersonal auf. Er bewilligte zwölf zusätzliche Richterstellen sowie 14 Stellen für Gerichtsmitarbeiter. Amts- und Landgerichte gehen aber weitgehend leer aus.

Potsdam. Der Aufschrei der Justiz wurde erhört: Angesichts wachsender Aktenstapel an Brandenburgs Verwaltungsgerichten stockt Finanzminister Christian Görke (Linke) das Richterpersonal auf. Er bewilligte nun zwölf zusätzliche Richterstellen. Hinzu kommen 14 Stellen für Gerichtsmitarbeiter.

„Die unabweisbaren Bedarfe für mehr Personal, insbesondere an den Verwaltungsgerichten des Landes, können damit gedeckt werden“, sagt Görke. Er verwies auf den dramatischen Anstieg an Fällen an den Verwaltungsgerichten. Die Zahl der neu eingegangenen Verfahren sei im ersten Quartal 2017 um 340 Prozent gegenüber dem Vorjahr angestiegen, erklärte er.

Kürzere Verfahrenslaufzeiten erwartet

Mit den zusätzlichen Stellen komme man dem Ziel kurzer Verfahrenzeiten einen „erheblichen Schritt näher“. Görke erwartet nun von den Gerichten, dass die Verfahrensrückstände „in absehbarer Zeit abgebaut werden können“. Brandenburg ist für seine langen Gerichtsverfahren berüchtigt und hierfür teilweise bereits gerügt worden.

Im Justizministerium, das mit Görke um die Stellen lange gefeilscht hatte, herrscht Erleichterung. „Wir sind sehr zufrieden, ich denke, wir haben gemeinsam eine vernünftige Lösung gefunden“, sagt Ministeriumssprecher Uwe Krink. Ein Nachtragshaushalt ist für das zusätzliche Personal nicht notwendig, da der Richterbedarf angesichts der Verfahrensflut zum Jahresanfang als unvorhersehbar begründet wird. Der Haushaltsausschuss des Landtags muss dem Antrag Görkes nun noch zustimmen.

CDU: „Tropfen auf den heißen Stein“

„Der Finanzminister reagiert auf Druck der Opposition“, sagt der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum. „Die nun in Aussicht gestellten Stellen sind aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein.“ Er fordert einen „Masterplan 2025“ für den Justizbereich. Es müssten rund 40 neue Stellen geschaffen werden für Richter an Verwaltungsgerichten, aber auch Amts- und Landgerichten sowie für Staatsanwälte. „Das wäre das Mindeste“, so Eichelbaum.

Richterbund ist enttäuscht

Das sieht auch der Brandenburger Richterbund so. „Ich freue mich für die Verwaltungsgerichte, aber das Signal für die Amts- und Landgerichte ist verheerend“, findet Claudia Odenbreit, Vorsitzende des Brandenburger Richterbunds. „Offenbar muss der Karren erst richtig in den Dreck gefahren werden.“ Sie verwies auf die Unterbesetzung an den Gerichten sowie auf die fehlenden Staatsanwälte. Sie sieht angesichts der Personalengpässe die Funktionstüchtigkeit der Strafverfolgung in Brandenburg in Gefahr. „Warum das Land hier nicht mehr Personal bewilligt, können wir nicht verstehen.“ Die Gerichte würden sich praktisch selbst finanzieren – etwa durch Bußgeldeinnahmen oder Strafzahlungen.

In den vergangenen Wochen war der Druck der Justiz auf die Landesregierung immer größer geworden. Erst schlug der Richterbund Alarm, dann veröffentlichten die vier Leitenden Oberstaatsanwälte gemeinsam mit Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg einen Brandbrief. Von Torsten Gellner

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 10.06.2017



10.06.2017 Tag der Bundeswehr in Storkow (2)

18 134 unerledigte Gerichtsfälle! Die Hälfte davon sind Asylverfahren

Potsdam - Brandenburgs Richter schlagen Alarm! Die Gerichte ertrinken in Aktenbergen, weil die Regierung jahrelang Stellen abgebaut hat. Folge: Kläger müssen länger auf ein Urteil warten als in jedem anderen Bundesland. Im Büro von Wilfried Kirkes (57) stapeln sich die Akten - und täglich kommt ein neuer Berg herein. "Im Januar hatten Brandenburgs Verwaltungsgerichte 14 600 unerledigte Verfahren", sagt der Richter, "wir konnten 5300 abarbeiten - aber bis Ende Mai gingen 8700 neue Verfahren ein."

Jetzt sitzen die 73 Verwaltungsrichter im Land auf 18 134 unerledigten Fällen. Die Hälfte (8591) davon sind Asylverfahren. Doch an den Verwaltungsgerichten klagen auch Schüler auf B-AfÖG, Häuslebauer auf ihre Baugenehmigung und Firmen auf eine Betriebserlaubnis. "Sie alle können nicht lange auf eine Entscheidung warten, von der ihr weiteres Leben abhängt", sagt Kirkes, "aber 640 Asylfälle und 286 weitere Sachen sind Eilverfahren. Die müssen wir vorrangig bearbeiten. Dafür liegen andere Fälle jahrelang." Schuld ist Brandenburgs Landesregierung. Richter Kirkes: "Trotz stark gestiegener Flüchtlingszahlen hat sie Stellen abgebaut. Jetzt können wir nicht mal die Neueingänge bewältigen." Einzige Lösung: mehr Personal. Kirkes:

"Wir brauchen 18 neue Verwaltungsrichter und 12 Geschäftsstellen-Mitarbeiter. Sonst kriegen wir untragbare Verhältnisse." Amts- und Landgerichte sowie die Staatsanwaltschaften brauchen weitere 30 neue Stellen", sagt CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum (43), "die Bürger haben ein Grundrecht auf zügige Verfahren!" Justizminister Stefan Ludwig (50, Linke) spricht jetzt mit Finanzminister Christian Görke (55) über eine bessere Personalausstattung. Doch der ist Ludwigs Parteichef - und hat bisher alle Forderungen der Justiz zurückgewiesen. Lieber brüstet sich der Linke mit stetig wachsenden Steuereinnahmen.

Quelle: BILD, 03.06.2017



08.06.2017 Besuch des
Arbeitsgerichtes in Eberswalde

Hilferuf der Justiz - Rot-Rot bringt gesamte Justiz gegen sich auf

Wegen ihrer Personalpolitik hat Brandenburgs rot-rote Landesregierung inzwischen den gesamten Justizapparat gegen sich aufgebracht. Nun meldeten sich Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg und die vier leitenden Oberstaatsanwälte mit einem Hilferuf an die Öffentlichkeit. Die Sparpolitik gefährde die „effektive Strafverfolgung“.

Potsdam. Wegen ihrer Personalpolitik hat Brandenburgs rot-rote Landesregierung inzwischen den gesamten Justizapparat gegen sich aufgebracht. In einer gemeinsamen Erklärung haben sich nun Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg und alle vier leitenden Oberstaatsanwälte des Landes mit einem Hilferuf an die Öffentlichkeit gewandt. Die Sparpolitik gefährde eine „effektive Strafverfolgung“, warnen sie und fordern das Land dazu auf, „einen weiteren Stellenabbau in der Justiz zu stoppen und durch Bereitstellung ausreichender Mittel neues Personal einzustellen“.

Erst die Richter, jetzt die Staatsanwälte

Vergangene Woche hatte bereits der Deutsche Richterbund Alarm geschlagen und davor gewarnt, dass durch die Sparpolitik die Arbeitsfähigkeit der Justiz auf viele Jahre zerstört werde. Mehr als zehn Prozent der Richterstellen seien an märkischen Gerichten in der Vergangenheit abgebaut worden, hatte Brandenburgs Richterbundchefin Claudia Odenbreit geklagt. Die Leidtragenden sind Kläger, Zeugen, Angeklagte, die lange auf die Rechtssprechung in ihrer Sache warten müssen. 5,2 Monate dauerte es an Brandenburgs Amtsgerichten im Schnitt, bis ein Urteil ergeht – bundesweit der schlechteste Wert.

CDU: „Schallende Ohrfeige“ für Ludwig und Görke

Generalstaatsanwalt Rautenberg und seine Kollegen stützen nun die Einschätzung. „Die Sorge, dass die Grenzen der Belastbarkeit in der Brandenburger Justiz überschritten sind und eine effektive Justizgewährung mit dem vorhandenen Personal inzwischen kaum noch gewährleistet werden kann, ist berechtigt und in der Praxis leidvoller Alltag geworden“, schreiben sie.

Der CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum wertet den Brandbrief als „schallende Ohrfeige“ für Justizminister Stefan Ludwig und Finanzminister Christian Görke (beide Linke). „Die von der rot-roten Landesregierung verursachte Personalmisere zieht sich mittlerweile durch alle Gerichtsbarkeiten“, so Eichelbaum. Die Folge seien nicht nur überlange Gerichtsverfahren, sondern auch „Strafrabatte für Straftäter oder Entlassungen von Untersuchungsgefangenen“.

Auch die Grünen halten den Hilferuf für „völlig berechtigt“. Die Landesregierung müsse in einem Nachtragshaushalt „endlich für Entlastung sorgen“, sagte der Abgeordnete Benjamin Raschke.

Seit Jahren steht die Justizpolitik Brandenburgs bei den Mitarbeitern des Apparats in der Kritik. Bundesweit einmalig waren vor zwei Jahren Richter und Staatsanwälte auf die Straße gegangen, um gegen die personelle Ausdünnung zu demonstrieren. Auch in den Gefängnissen ist die Situation mitunter prekär. Ende April kam es in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg/Havel zu einer „kleinen Knastrevolte“. Untersuchungsgefangene hatten gegen den Ausfall der Sport- und Freizeitmaßnahmen protestiert. Grund für den Ausfall waren Personalengpässe.

Ministerium räumt Personalbedarf teilweise ein

Der Präsident des Oberverwaltungsgerichts, Jochen Buchheister, sieht Brandenburgs Verwaltungsgerichte angesichts der Flut an Asylklagen in einer „dramatischen Lage“. Im Bundesvergleich hätten märkische Verwaltungsrichter die meisten Fälle auf dem Tisch.

Zumindest dies räumt man inzwischen auch im Justizministerium ein. „An den Verwaltungsgerichten besteht wegen der Asylverfahren ein erhöhter Personalbedarf, so Ministeriumssprecher Uwe Krink. „Darüber verhandeln wir mit dem Finanzministerium“, sagte er.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 01.06.2017



31.05.2017 Feierliche Schlüsselübergabe an den Olympiastützpunkt in Frankfurt/Oder

Kritik an Haftbedingungen - CDU verlangt nach Protesten mehr Personal in Justizvollzugsanstalten

Potsdam (ds) Vor dem Hintergrund der Proteste von Untersuchungshäftlingen, zu denen es Ende April in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Brandenburg/Havel gekommen war, hat die CDU jetzt einen generellen Personalmangel in den Anstalten kritisiert. Die Insassen der JVA hatten außer dem ihrer Meinung nach schlechten Essen auch die mangelnden Sport- und Freizeitangebote angeprangert. Das Justizministerium hatte die Probleme damit erklärt, dass ein Teil der Justizvollzugsbediensteten erkrankt oder im Urlaub gewesen sei. Der rechtspolitische Sprecher der CDU Landtagsfraktion Danny Eichelbaum sagte: „Diese Situation ist auf die Sparpolitik der rot-roten Landesregierung beim Personal in der Justiz zurückzuführen“. Selbst den von einer Arbeitsgruppe erarbeiteten Mindestbedarf von 1083 Vollzugsbeschäftigten habe der zuständige Minister Stefan Ludwig (Linke) in den Haushaltsberatungen nicht durchsetzen können. Mit der derzeitigen Personalausstattung könnten die gesetzlich vorgeschriebenen Arbeits- und Beschäftigungsangebote nicht aufrecht erhalten werden, auf die Untersuchungsgefangene laut Gesetz einen Anspruch haben, so Eichelbaum.

Quelle: Märkische Oderzeitung, 24.05.2017

Bürgermeister ohne Planungshoheit

Heideseer Gemeindeoberhaupt Siegbert Nitz (parteilos) beklagt die Stellung seiner Kommune im Landesentwicklungsplan

Die öffentliche Anhörung im Landtagsausschuss für Infrastruktur und Landesplanung nutzte Heidesees Bürgermeister Siegbert Nitz (parteilos) kürzlich, um seinem Unmut Luft zu machen. Er beklagte, dass er in seiner Gemeinde keine Planungshoheit habe. Nitz will Heidensee voranbringen: mehr Wohnsiedlungen, mehr Kleingewerbe, mehr Einwohner, mehr Steuern. Vor allem Wochenendgrundstücke und Baulücken würde er gerne in Bauland umwandeln lassen. Aber das darf er nicht. "Der Landesentwicklungsplan legt fest, wo Siedlungen entstehen und erweitert werden und wo Grünflächen erhalten bleiben", sagt Steffen Streu, Sprecher des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung. Es gebe zentrale Orte, Ober- und Mittelzentren, in denen Wohnraum und Infrastruktureinrichtungen geschaffen werden dürften, etwa Supermärkte, Schulen, Arztpraxen. Auf der Landkarte ergibt sich so ein Siedlungsstern, der den Speckgürtel um Berlin sowie Orte an wichtigen Bahnlinien, die ebenfalls begünstigt sind, umfasst.

Die Idee dahinter: So sollen Zersiedlungen in ländlichen Gebieten vermieden, Wälder und Heiden erhalten und vor Bebauung geschützt werden. Eine Rolle bei der Landesentwicklungsplanung spielen zudem demografische Aspekte. Städte und Gemeinden, denen Bevölkerungswachstum prognostiziert werden, haben gute Chancen auf Entwicklung. Doch genau diese Politik hält Siegbert Nitz für verfehlt. Nun liegt zwar seit verganginem Sommer ein neuer Entwurf, der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP HR) vor. Der trage, wie es heißt, "den neuen Entwicklungstrends Rechnung". Doch die Gemeinde Heidensee wurde von den Planern wieder nicht berücksichtigt. Sie zählt weiterhin "zum ländlich geprägten Teil Brandenburgs". Konsequenz: Zahlreichen Datschenbesitzern, etwa in Prieros, die gerne dauerhaft umsiedeln würden, bleibt dieser Wunsch verwehrt. Baulücken, die voll erschlossen sind, dürfen nicht in Bauland umgewidmet werden. Dabei hat Heidensee Potenzial: Bei den Neuzuzüglern handelt es sich um junge Familien, die Geburtenrate hat sich im vergangen Jahr verdoppelt. Mit der Bahn gelangt man innerhalb einer Stunde von Friedersdorf in die Berliner Innenstadt. Nitz machte im Landesplanungsausschuss politische Gründe dafür verantwortlich. Er zitierte eine Aussage von Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) aus einem RBB-Interview: Der Bedarf, so Woidke, sei zwar da, aber liege nicht im Interesse von Berlin und Brandenburg.

Einen kritischen Blick auf das Ganze hat auch der Vorsitzende des Landesplanungsausschusses, Danny Eichelbaum (CDU). "Wir haben 10 000 Seiten mit Einsprüchen von Bürgermeistern aus ganz Brandenburg", sagt er. Die sind beim gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren im letzten Herbst eingereicht worden. "Das ist keine seriöse Grundlage", findet Danny Eichelbaum. "Alles konzentriert sich auf die Hauptstadt. Der berlinferne Raum wird abgehängt." Er spricht von repressiven Maßnahmen, die die Entwicklung der Dörfer hemmen. "Auch der einst prognostizierte Bevölkerungsschwund ist in vielen Gegenden Vergangenheit." Schließlich wünscht er sich, dass die Landesparlamente in die Planung einbezogen und diese nicht allein © PMG Presse-Monitor GmbH 32 / 74 Zum Inhaltsverzeichnis von den Regierungen in Potsdam und Berlin bestimmt werden. Siegbert Nitz wird sich erst einmal gedulden müssen: "Nach der Auswertung der Einwände soll ein erneutes Beteiligungsverfahren stattfinden", so Eichelbaum. Das wird auch wieder ein Jahr dauern. "Vor 2019 wird der Landesentwicklungsplan in seiner neuen Fassung nicht beschlossen."

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 20.05.2017

Rasche Strafe? Fehlanzeige! Immer weniger schnelle Gerichtsverfahren für junge Kriminelle in Brandenburg

Die Zahl der beschleunigten Gerichtsverfahren für junge Kriminelle ist in Brandenburg deutlich zurückgegangen. 2012 fällten die Amtsgerichte noch in 351 Prozessen spätestens vier Wochen nach einer Straftat ein Urteil. Im vergangenen Jahr waren es nur noch 142, wie das Justizministerium eine Anfrage des CDU-Rechtsexperten Danny Eichelbaum beantwortete. Die Zahl der von den Staatsanwaltschaften beantragten Verfahren sank im gleichen Zeitraum von 344 auf 138. Eichelbaum äußerte sich besorgt: "Gerade bei jugendlichen Straftätern muss die Strafe auf dem Fuß folgen, um einen hohen Wirkungseffekt zu erzielen", sagte er. Beschleunigte Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz gibt es in Deutschland seit 2010 bei einfachen bis mittelschweren Delikten.

Das gilt, wenn in Prozessen keine Jugendstrafe zu erwarten ist, sondern nur eine Erziehungsmaßnahme. Dazu gehören Verwarnungen, Arbeitsleistungen etwa in einem Altersheim, Geldzahlungen für eine gemeinnützige Einrichtung und ein kurzzeitiger Jugendarrest. Nach diesen Verfahren können Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren verurteilt werden. Das Jugendgerichtsgesetz gilt aber auch für Heranwachsende bis 21 Jahre, wenn deren Persönlichkeitsentwicklung noch nicht voll abgeschlossen ist. Wie aus der Antwort des Justizministeriums weiter hervorgeht, dauerten die Verfahren bei den märkischen Jugendschöffengerichten und den Jugendkammern der Landgerichte 2016 zum Teil wesentlich länger als vier Jahre zuvor. In der ersten Instanz der Jugendkammer Cottbus zum Beispiel stieg die durchschnittliche Verfahrensdauer im Berichtszeitraum sogar von 6,2 auf 10,5 Monate. Auch die Bearbeitungszeiten bei den Staatsanwaltschaften sind länger geworden.

So verlängerten sich bei der Staatsanwaltschaft Cottbus die Verfahren von Betrugsfällen bis zur Vorlage beim Jugendschöffengericht von 55 auf 451 Bearbeitungstage. Grund für den Rückgang bei den beschleunigten Jugendverfahren sowie für die längeren Prozesse und Bearbeitungszeiten bei den Ermittlungsbehörden sind nach Ansicht Eichelbaums fehlende Stellen bei Staatsanwälten, Richtern und Justizbediensteten. Der Landesregierung und Justizminister Stefan Ludwig (Linke) warf der CDU-Politiker vor, die Justiz seit Jahren kaputt zu sparen: "Wir brauchen aber kürzere Verfahrenslaufzeiten, eine Stärkung des Täter-Opfer-Ausgleichs und eine bessere Verzahnung von Polizei, Staatsanwaltschaften und Jugendgerichtshilfe."

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 18.05.2017



19.05.2017 Empfang des Justizministers von Kirgisistan,

Uran Akhmetov im Landtag Brandenburg

Staatsanwälte bei Politataten unter Druck Rasanter Anstieg bei Staatsschutzdelikten. Doch es fehlt das Personal. CDU fordert Einschreiten

Potsdam - Die Staatsanwaltschaften in Brandenburg bekommen immer mehr Ermittlungsverfahren zu Staatsschutzdelikten auf den Tisch - aber nicht mehr Personal. Dabei handelt es sich beim Staatsschutz um eine Kernaufgabe der Sicherheits- und Justizbehörden, nämlich den Schutz der Bundesrepublik und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vor Angriffen von innen und außen. Und hier bekommen die Behörden immer mehr zu tun.

Bei den Staatsanwaltschaften heißt es aber unisono: Es fehlen Ermittler. In Brandenburg ist von 2014 bis 2016 die Zahl der bei den Staatsanwaltschaften geführten Staatsschutzverfahren um mehr als ein Viertel gestiegen. Das geht aus einer Antwort von Justizminister Stefan Ludwig (SPD) auf eine parlamentarische Anfrage des CDU-Rechtsexperten Danny Eichelbaum im Landtag hervor. Demnach haben die Staatsanwaltschaften im Jahr 2014 noch 1148 Ermittlungsverfahren in diesem Bereich geführt, zwei Jahre später waren es schon 1454.

Bei dem überwiegenden Teil ging es um zwei Straftaten: Um das „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ wie etwa dem Hitlergruß oder „Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen“.

Im Jahr 2014 ist dazu bei den Staatsanwaltschaften in 1095 Fällen ermittelt worden, 2016 waren es 1425. Die Zahl der Verfahren bei anderen Staatsschutzdelikten fällt kaum ins Gewicht, die einzelnen Fälle wiegen dennoch schwer. Dazu zählen Landes- und Hochverrat, Bildung einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung, Verstoß gegen das Vereinsverbot oder Fortführung verfassungswidriger Parteien, Störpropaganda und Sabotage der Bundeswehr, allgemein Taten im Vorfeld schwerer staatsgefährdender Gewalttaten oder gar Verunglimpfung des Staates, seiner Symbole und Verfassungsorgane. In den wenigsten Fällen landeten die Verfahren vor Gericht. Kleinere Hakenkreuzschmiererei enden auch mal mit Ermahnungen bei unauffälligen Jugendlichen oder Geldauflagen.

2014 stellten die Staatsanwaltschaften 761 Staatsschutzverfahren ein, 2016 waren es 1065. Zum Vergleich: 180 Verfahren landeten 2014 durch Anklageerhebung vor Gericht, 76 rechtskräftige Verurteilungen wegen Staatsschutzdelikten gab es. Zwei Jahre später waren es 243 Anklagen und 97 Verurteilungen. Auch hier zeigt sich: Die Justizbehörden bekommen mehr zu tun.

CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum hält die Lage bei den Staatsanwaltschaften für besorgniserregend. „Es ist längst fünf nach zwölf. In fast allen Bereichen fehlen uns Staatsanwälte, um eine effektive Strafverfolgung zu gewährleisten“, sagte Eichelbaum. Verantwortlich dafür seien Justizminister Stefan Ludwig (Linke) und die rot-rote Landesregierung. Nicht nur bei Staatsschutzdelikten gebe es einen überdurchschnittlichen Anstieg, auch bei der organisierten und grenzüberschreitenden Kriminalität würden Höchststände erreicht. „Der Rechtsstaat darf aber kein zahnloser Tiger sein. Die Bürger haben einen Anspruch darauf, dass Strafverfahren schnell aufgeklärt und Straftäter abgeurteilt werden“, sagte der CDU Politiker. „Hierzu benötigen wir in Brandenburg mehr Staatsanwältinnen und Staatsanwälte.“

Andere Bundesländer hätten längst reagiert auf die Zunahme der Verfahren und mehr Richter und Staatsanwälte eingestellt. In Brandenburg dagegen würden nach dem Personalbedarfsplan sogar Stellen abgebaut.

Tatsächlich gab es im Jahr 2016 Planstellen für 239 Staatsanwälte und 37 Amtsanwälte. Bis 2018 sollen zwölf Stellen wegfallen. Die Polizei hat dagegen nachgesteuert, auch wegen des rasanten Anstiegs politisch motivierten Straftaten, Rekordzahlen bei rechtsextremistischer Gewalt und neuer Aufgaben beim Islamismus wurde der Staatsschutz von 139 Stellen um 40 aufgestockt.

Zum Start der Polizeireform 2011 waren es 235 Stellen. Die Folgen durch den Personalmangel in der Justiz seien verheerend, findet Eichelbaum: lange Ermittlungsverfahren, Strafrabatte für Straftäter, hohe Krankenstände bei den Staatsanwälten - und ein schwindendes Vertrauen der Bürger in die Justiz. Der Leitende Oberstaatsanwalt in Frankfurt (Oder), Helmuth Lange, hatte jüngst beim Besuch des Rechtsausschusses des Landtages erklärt: „Wir stehen mit dem Rücken an der Wand.“ In Frankfurt kommt neben dem rasanten Anstieg bei Staatsschutzdelikten die organisierte Kriminalität hinzu, für die die Behörde landesweit zentral zuständig ist. 456 Ermittlungsverfahren waren es 2015, im Folgejahr 531. Überdies ist Frankfurt seit Anfang April landesweit Schwerpunktstaatsanwaltschaft für grenzüberschreitende Kriminalität.

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 04.05.2017



17.05.2017 Gespräch über das geplante Naturschutzgebiet am Körbaer See im Landtag Potsdam

Rautenberg: Absage an Karlsruhe - Land ordnet kein Justizpersonal ab

Die Zahl der Staatsschutzverfahren in Brandenburg ist deutlich angestiegen. Die Gesamtzahl stieg von 1095 auf 1425, wie aus einer Antwort des Justizministeriums auf eine Anfrage des CDU-Abgeordneten Danny Eichelbaum hervorgeht. Am stärksten belastet ist die Staatsanwaltschaft Cottbus, wo vergangenes Jahr 452 Verfahren wegen der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaats geführt wurden (2014: 359). "Die Lage bei den Staatsanwaltschaften des Landes Brandenburg ist besorgniserregend", sagte Eichelbaum und verwies auf den Besuch des Rechtsausschusses vergangene Woche bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder). Dort hatte der Leitende Oberstaatsanwalt erklärt: "Wir stehen mit dem Rücken zur Wand." In fast allen Bereichen fehlten Staatsanwälte, um eine effektive Strafverfolgung zu gewährleisten, so Eichelbaum. Die Verantwortung trage Justizminister Stefan Ludwig (Linke). Aufgrund der Belastung sieht sich Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg derzeit auch nicht in der Lage, weiteres Personal an den Generalbundesanwalt in Karlsruhe abzuordnen.

Der hatte die Länder im vergangenen Herbst um Hilfe gebeten, weil die Zahl der islamistischen und rechtsterroristischen Straftaten im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation deutlich angestiegen sind. "Dieser Bitte konnte der Generalstaatsanwalt mangels geeigneter Bewerber und in Ansehung der Personalsituation ... bislang nicht entsprechen", heißt es in der Antwort des Justizministeriums.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 01.05.2017

"Der Haushaltsgesetzgeber hat es in der Hand" - Frankfurter Staatsanwaltschaft fordert wegen neuer Zuständigkeiten mehr Personal

Frankfurt (Oder) (dpa/bb) - Die Frankfurter Staatsanwaltschaft wünscht sich mehr Personal, nachdem der Behörde mehr Befugnisse im Rahmen der Grenzkriminalität zugestanden wurde. «Acht Entscheider mehr wären gut. Das entspräche auch Berechnungen des Oberlandesgerichts», erklärte der Leitende Oberstaatsanwalt Helmut Lange am Montag am Rande eines Besuchs des Brandenburger Rechtsausschusses in Frankfurt (Oder).

«Der Haushaltsgesetzgeber hat es in der Hand, die Personalausstattung der Justiz zu verbessern», erklärte der zuständige Minister Stefan Ludwig in Frankfurt (Oder). Generell sei Langes Haus eine sehr effiziente Behörde der Strafverfolgung mit kurzen Verfahrensdauern. Er selbst sehe eine solche Verstärkung als angezeigt. «Ob es so im Landeshaushalt berücksichtigt werden kann, werden wir gemeinsam austreten», unterstrich Ludwig in Frankfurt (Oder). Allerdings bestünden auch andernorts in der Justiz personelle Engpässe. Das betreffe insbesondere den mittleren Dienst, erklärte Ludwig. «Ich fürchte, das wird für die kommenden Jahre ein Flaschenhals werden.»

Für Rechtsausschussmitglied Danny Eichelbaum (CDU) sei klar, dass in Frankfurt (Oder) personell ein Schwerpunkt gesetzt werden muss. «Die Ermittlungsverfahren in der grenzüberschreitenden Kriminalität nehmen zu. Zudem liegt das Durchschnittsalter der Staatsanwälte hier bei 52 Jahren. Daher brauchen wir einen Einstellungskorridor für Nachwuchskräfte», erklärte der Oppositionspolitiker.

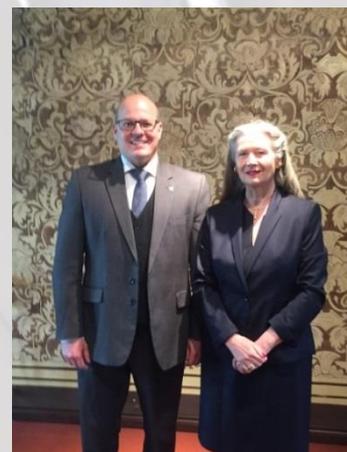
Seit knapp zwei Wochen ist die Frankfurter Staatsanwaltschaft schwerpunktmäßig im Land für Delikte der Grenzkriminalität wie Vieh-, Solar modul- und Autodiebstähle zuständig. Die Arbeit von Ermittlern war vor diesem Schritt oft mühselig, weil sie beim Diebstahl von Solarmodulen beispielsweise immer wieder auf ähnliche Täterstrukturen stießen. Aufgrund der unterschiedlichen örtlichen Zuständigkeiten konnten die Verfahren nicht zusammengefasst und gemeinsam verfolgt werden.

Ludwig sprach sich mit Blick über die Oder dafür aus, im Rahmen der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität einige rechtliche Möglichkeiten anzupassen. So sei ein rechtssicherer, elektronischer Postverkehr mit Polen erforderlich. Zudem müssten rechtliche Hürden für den Einsatz deutsch-polnischer Ermittlerteams (Joint Investigation Teams) abgesenkt werden.

Der Rechtsausschuss des Landtags reiste von Frankfurt (Oder) weiter nach Polen. Dort seien Gespräche geplant, wie das gemeinsame Vorgehen gegen die grenzüberschreitende Kriminalität verbessert werden könnte.

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 25.04.2017

08.05.2017 Amtseinführung der Präsidentin des Landgerichtes
Cottbus, Ramona Pisal



Ringen/1. Luckenwalder Sportclub - Eichelbaum wieder Verbandspräsident

Danny Eichelbaum wurde wieder zum Präsident des Ringerverbandes Brandenburg (RVB) gewählt. Es ist die zweite Amtszeit für den 43-jährigen CDU-Landtagsabgeordneten aus Jüterbog. Die Sicherung und der Erhalt des Luckenwalder Freistilringer-Stützpunktes ist eine der vorrangigen Aufgaben für den alten und neuen Verbandspräsidenten

Luckenwalde. Die Brandenburger Ringervereine haben am Mittwochabend in Hennigsdorf die personellen Weichen für die nächsten vier Jahre gestellt. Als Präsident des Ringerverbandes Brandenburg (RVB) wurde der 43-jährige CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum aus Jüterbog einstimmig wiedergewählt. Eichelbaum führt den Verband seit 2013.

In seiner Bilanz erinnerte der alte und neue Präsident an den erfolgreichen Kampf der Ringer um den Erhalt des Ringkampfes als olympische Sportart im Jahr 2013. „Durch Brandenburg ging vor vier Jahren eine Sympathiewelle für die älteste Sportart der Welt, kein Mensch konnte verstehen, warum Ringen vom IOC aus dem olympischen Programm gestrichen werden sollte.

Brandenburger Ringer sind bekannt und erfolgreich

Gerade die Luckenwalder und die Frankfurter Ringer sind mit ihren Traditionsvereinen in Gesamtdeutschland bekannt und erfolgreich. Beide Vereine erzielten bei den Deutschen Meisterschaften im vergangenen Jahr bundesweit die besten Ergebnisse. Überhaupt konnte die Mitgliederanzahl in den Ringervereinen Brandenburgs um 30 Prozent gesteigert werden. Ringen ist populär“, erklärt Danny Eichelbaum. Ein Höhepunkt der Verbandsarbeit war auch der Besuch der ukrainischen Nationalmannschaft im Ringen in Brandenburg im Jahr 2014. Die Ukrainer waren für diese Geste der Unterstützung sehr dankbar, weil sie aufgrund des Krieges in ihrer Heimat nicht mehr in ihrer Trainingsstätte auf der Krim trainieren konnten. Gemeinsam mit dem Verfassungsschutz des Landes Brandenburg und den anderen Brandenburger Kampfsportverbänden hat der RVB in einem Positionspapier auch deutlich gemacht, dass jeglichem Extremismus im Sport eine Absage erteilt wird.

Eine gute Werbung für den Ringkampfsport sind ebenfalls jedes Jahr die Integrationsprojekte „Fair Ringen“ vom RC Germania Potsdam und „Luckis Muckis“ vom 1. LSC, die ebenfalls auf große öffentliche Resonanz stoßen und die immense Integrationskraft des Sports unter Beweis stellen.

Zukunft des Luckenwalder Stützpunktes ist offen

Deshalb konnten die Delegierten des Ringerverbandes Brandenburg am Mittwochabend nicht nachvollziehen, dass aufgrund der Leistungssportreform in Deutschland Luckenwalde als Bundesstützpunkt nicht mehr aufrechterhalten werden soll. Zwar soll Frankfurt/Oder alleiniger Bundesstützpunkt für das Ringen in Ostdeutschland bleiben, ungewiss ist aber die Struktur am Freistilstandort Luckenwalde. Die Brandenburger Ringer wollen deshalb um den Standort in Luckenwalde kämpfen. „Die Schul- und Trainingssituation muss für die Athleten in Luckenwalde erhalten bleiben, das ist die Botschaft der Brandenburger Ringer an das Land Brandenburg“, so der alte und neue RVB-Präsident.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 21.04.2017



04.05.2017 Anhörung des Landtagsausschusses für Infrastruktur und Landesplanung zum Entwurfes des Landesentwicklungsplanes Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg

03.05.2017 Vorstellung des Evaluationsberichtes PlusBus in Bad Belzig



CDU-Opposition gegen Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe

Potsdam (dpa) Die CDU-Opposition im Brandenburger Landtag hat einen Erlass von Justizminister Stefan Ludwig (Linke) zur Reduzierung sogenannter Ersatzfreiheitsstrafen scharf kritisiert. In der Justizministerkonferenz sei Ludwig mit seinem Vorstoß noch gescheitert, sagte der Rechtsexperte der CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum, am Montag. "Jetzt versucht er diesen untauglichen Vorschlag in Brandenburg durch die Hintertür aufzuwärmen."

Damit setze Ludwig den "täterfreundlichen Kurs" seiner Vorgänger fort, sagte Eichelbaum. Schon heute hätten Straftäter die Möglichkeit, auf Antrag eine Geldstrafe durch Arbeit zu tilgen. "Die Regelstrafe einer nicht gezahlten Geldstrafe muss aber die Ersatzfreiheitsstrafe bleiben", betonte Eichelbaum. "Anderenfalls verringert sich der Druck auf Straftäter, gerichtlich verhängte Geldstrafen zu bezahlen."

Ludwig hatte die Strafvollstreckungsbehörden angewiesen, Straftäter, die ihre Geldstrafe nicht bezahlen, vorrangig zur Ableistung von Arbeitsstunden zu vermitteln. Denn der Großteil der Betroffenen sei nicht unwillig, sondern könne die Geldstrafe schlichtweg nicht bezahlen, sagte Ludwig der Deutschen Presse-Agentur. "Letztendlich trifft die Ersatzfreiheitsstrafe die Mittellosen der Gesellschaft", erklärte der Minister. "Und die brauchen Hilfe und keine Haft."

Quelle: Märkische Oderzeitung, 11.04.2017



29.04.2017 Internationaler Brandenburg Cup in Luckenwalde

26.04.2017 Besuch der
Justizvollzugsanstalt in
Breslau



24.04.2017 Besprechung in Frankfurt/Oder mit deutschen und polnischen Staatsanwälten zur
Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität



Ausgewählte Termine im Monat Juli 2017

- 01.07.2017 10 Uhr Tag der Offenen Tür Landtag Brandenburg
19 Uhr Sommerfest des Fördervereins der Freiwilligen Feuerwehr Ludwigsfelde
- 03.07.2017 18.30 Uhr Sitzung des CDU-Kreisvorstandes in Jüterbog
- 04.07.2017 10 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
12 Uhr Besuch der Grundschule Blankensee im Landtag
18 Uhr Mitgliederversammlung des Fördervereins der Freiwilligen Feuerwehr Ludwigsfelde
- 05.07.2017 9.30 Uhr Sitzung des Richterwahlausschusses Brandenburg
18.30 Uhr Sitzung der CDU-Antragskommission in Potsdam
- 07.07.2017 16 Uhr Sitzung des Zweckverbandes der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam
- 10.07.2017 17 Uhr Sitzung des Kreisausschusses in Luckenwalde
- 11.07.2017 10 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
- 14.07.2017 18 Uhr Brandenburgabend der CDU in Schönefeld
- 15.07.2017 10 Uhr CDU-Landesparteitag in Schönefeld
- 18.07.2017 10 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen-und Rechtspolitik
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
- 19.07.2017 19.30 Uhr MAZ Hoffest in Potsdam
- 22.07.2017 14 Uhr Sommerfest des 1. Luckenwalder SC
- 28.07.2017 10 Uhr Diskussion mit Brandenburger Strafvollzugsbedienstete in Neuruppin
- 31.07.2017 14 Uhr Besuch des Bundeswehrstandortes Holzdorfes und Eröffnung der Militärsegelflugmeisterschaften

Impressum: Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de